

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— M., für ein Vierteljahr 22.— M., für ein halbes Jahr 40.— M., für ein Jahr 75.— M. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon des Redaktions- und Expedition: 2721 und 4508. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Berlin in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4598

Insertenpreise: Die 7 gefaltete Kolonelle oder deren Raum 1.00 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gefaltete Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Wirst müssen die Arbeiter dran glauben!

Wirths Steuerpläne.

Berlin, 8. Juni. (TU.) In der heutigen Sitzung des Reichstages machte der Reichsfinanzminister Dr. Wirth vor Eintritt in die Tagesordnung Ausführungen über die Pläne des Reichs und besonders über seine Steuerpläne. Er erklärte, die **Wasser- und Süßwassersteuer** lägen beim Reichsrat, die **Branntweinsteuer** ist bereits in den Ausschüssen durchberaten und wird dem Reichstag schon in den nächsten Tagen zugehen. Die **Kapital- und Erbschaftsteuern** sind im Finanzministerium fertig. Dieses wird die Vorlage in den nächsten Tagen zur Beurteilung vorlegen. Die **Grundsteuer** ist in Vorbereitung. Dasselbe ist der Fall bei der **Umsatzsteuer**, die auch in wenigen Tagen in der Beratung so weit vorgeschritten ist, daß mit den Ausschüssen Fühlung genommen werden kann. Dann allerdings werden neue Probleme auftauchen im Zusammenhang mit, der **Kohle** und inwieweit das Reich genötigt sein wird, die **Frage der Goldwerte** zu diskutieren. Ohne Zweifel wird es nicht gehen. Alle Kreise des deutschen Volkes müssen sich darüber klar sein, daß ohne Opfer der Weg zur Freiheit für das deutsche Volk nicht gefunden werden kann.

Die Bourgeoisie hat alle Ursache, mit Wirth zufrieden zu sein: er stellt sich schützend hinter den General Hofer, er will dem bayrischen Bauern nicht das Letzte, was er hat, seine Hüfte, wegnehmen und die Frage, „inwieweit“ das Reich genötigt sein wird, die Goldwerte zu erfassen, erst dann zur Diskussion stellen, wenn das Parlament das läppige Budget der indirekten Steuern, das er ihm präsentieren will, beschloffen haben wird. Wie gefällt den Rechtssozialisten das Finanzprogramm ihrer Regierung?

Der erste Schritt zur freien Wirtschaft.

Ein Geständnis Hermes'.

Berlin, 9. Juni. (TU.) Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages erklärte Reichsernährungsminister Dr. Hermes, er persönlich glaube, daß, wenn nicht ganz unvorhergesehene Umstände eintreten, das Umlageverfahren der erste Schritt in die freie Wirtschaft für 1922 sein wird.

Die Aufrichtigkeit des Herrn Unterernährungsministers ist zu begrüßen. Sie belehrt auch den Blindesten darüber, wohin der Sturz geht und welche Gefahren das Umlageverfahren in sich birgt. Sie wird uns den Kampf gegen die verhängnisvolle Beseitigung der Getreidewirtschaft, die das geplante Getreideregime bedeutet, wesentlich erleichtern.

Kein Streik der Berliner Buchdrucker.

Berlin, 9. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die **Bewegung der Berliner Buchdrucker- und Buchdruckerhilfsarbeiter** hat ihren Abschlus gefunden. Bei der Abstimmung wurden 17.407 gültige Stimmen abgegeben, davon lauteten auf Streik 10.608, gegen den Streik sprachen sich 6799 Stimmen aus. **An der Zweidrittelmehrheit fehlen 997 Stimmen.** Eine weitere stattgehabte Versammlung der Vertrauensleute der Berliner Buchdrucker- und Buchdruckerhilfsarbeiter hat darauffolgende Resolution angenommen: „Die am 8. Juni 1921 folgende Versammlung der Vertrauensleute der Berliner Buchdrucker- und Buchdruckerhilfsarbeiter stellte nach Kenntnisnahme des Resultats der Abstimmung folgendes fest: Durch die Abstimmung hat die Kollegenschaft bewiesen, daß sie ungeachtet ihrer persönlichen Kollage im Augenblick nicht gewillt ist, von der **zentralen Lohnregelung abzuweichen.** Zweifellos ist diese Stellungnahme der Berliner Kollegenschaft herbeigeführt worden durch die ablehnende Haltung der Zentralverbände. Aus diesem Grunde haben die Verbandsoinstanzen nunmehr die Verpflichtung, mit aller Kraft dafür zu wirken, daß die zentrale Lohnregelung der Kollegenschaft endlich die Befriedigung ihrer Bedürfnisse bringt. Die Versammlung der Vertrauenspersonen beider Organisationen beauftragt daher die Gewerkschaften, dafür zu sorgen, daß nun unmittelbar neue Verhandlungen stattfinden. Die Kollegenschaft wird jedoch aufgefordert, auch weiterhin bereit zu sein, um für ihr Recht zu kämpfen.“

Gegen die Verschwörung der Monarchisten.

München, 9. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Zu dem **russischen Monarchistenkongreß**, der am 6. Juni in Reichenhall beschloffen wurde, hat die Landtagsfraktion der USPD bei der bayerischen Regierung eine Anfrage eingebracht, in der es am Schluß heißt: „Die Regierung des Freistaates Bayern hat, wie aus dem Danktelegramm der russischen Monarchisten an den Ministerpräsidenten v. Kahr hervorgeht, diese Tagung nicht nur genehmigt, sondern geradezu begünstigt. Die Duldung einer solchen Zusammenkunft auf deutschem Boden gefährdet die deutschen Beziehungen und erschwert die Wiederaufnahme des

Handelsverkehrs mit Rußland, wie er durch das deutsch-russische Abkommen vom 6. Mai ermöglicht wird. Warum hat die bayerische Staatsregierung im Widerspruch mit der sonstigen Fremdenpolitik mehr als Hundert Ausländer, die zum Zweck einer gemeinsamen Verschwörung nach Bayern gegangen, Einreiseerlaubnis gegeben? Ist es richtig, daß die Einreiseerlaubnis den Russen nur unter der Bedingung gegeben wurde, daß keine politischen Besprechungen stattfinden?

Warum hat die Staatsregierung nicht, sobald der wahre Charakter der Zusammenkunft ersichtlich war, den russischen Verschwörern die Einreiseerlaubnis entzogen und ihnen die Fortsetzung ihrer Tagung unmöglich gemacht?“

Runge in Freiheit.

Der Mörder Liebknechts und Luxemburgs im Arbeitsnachweis des Metallarbeiterverbandes.

Wie der Freiheit mitgeteilt wird, „erschien am Mittwochvormittag nach 10 Uhr auf dem Arbeitsnachweis des Deutschen Metallarbeiterverbandes in der Linienstraße der Dreher Otto Runge, um sich nach Arbeit umzusehen. Er wurde von den Arbeitslosen als der Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs erkannt. Die Nachprüfung seiner Papiere ergab die Uebereinstimmung. Runge wurde darauf von den Arbeitslosen, deren sich eine maßlose Erregung bemächtigte, arg mißhandelt, er versuchte sich durch die Flucht zu retten, was ihm auch gelang. Sicherheitspolizei nahm sich des Bedrängten an und brachte ihn in Sicherheitshaft.“

Die Ausschreitungen der erregten Arbeitslosen sind zweifellos zu verstehen, sie sind aber nicht zu billigen, da nicht Runge der eigentliche Schuldige ist, sondern die Offiziere, die ihn zu dieser Tat aufgestachelt haben.

Runge wurde seinerzeit zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wegen des Mordes an K. Liebknecht und Rosa Luxemburg. Wir verlangen Aufklärung darüber, wie es möglich ist, daß Runge sich jetzt in Freiheit befindet.“

Fortsetzung des Streiks in Waldenburg.

Waldenburg, 9. Juni. Der **Ausstand im Waldenburger Bergrevier 1**, der von der Streikleitung als beendet bezeichnet worden war, hat dadurch eine Verschärfung erfahren, daß die radikalen Elemente beschloffen haben, weiter zu streiken, und die Massen sich den kommunistischen Führern angeschlossen haben. Demonstrationen und Versammlungen wurden veranstaltet. Zu Ausschreitungen ist es bisher nicht gekommen.

Zusammenbruch des norwegischen Generallstreiks?

Christiania, 8. Juni. (NTN.) In der heutigen Vormittags-sitzung richtete der staatliche Schlichtungskommissar das Ersuchen an die **Landesorganisationen**, den großen Streik aufzuheben zu lassen. Die Vertreter der Organisationen erklärten, daß sie das Ersuchen der Vertreterversammlung vorlegen würden. In der Nachmittags-sitzung der Vertreter der Landesorganisationen wurde beschloffen, die **Mitglieder**, die erst in zweiter Linie in den Ausstand getreten sind, aufzufordern, sich am 10. Juni wieder auf dem früheren Arbeitsplatz einzufinden. Der Seemanns-, Maschinenisten- und Transportarbeiterstreik wird dagegen fortgesetzt.

Kopenhagen, 9. Juni. National Tidende meldet aus Christiania: Obwohl eine Meldung noch nicht vorliegt, sehen die Zeitungen voraus, daß der Streik heute oder morgen abgebrochen wird. Es sei festgestellt, daß die Arbeiter den Streik verloren haben.

Die englischen Bergarbeiterführer empfehlen die Wiederaufnahme der Arbeit.

London, 8. Juni. (Reuter.) Die Führer der Bergarbeiter erklären: Die Bergwerkseigentümer haben betrübliche Zugeständnisse gemacht, und ihre letzten Vorschläge stellen einen großen Fortschritt gegenüber allem dar, was bisher angeboten worden ist. Die gesamte Lage hat dadurch in einem betrüblichen Grade sich erhalten, da die Bergleute nun in der Lage sind, die Arbeit wieder aufzunehmen, ohne zu befürchten, daß die Löhne unter das zum Leben nötige Niveau gesenkt werden. Der Volkswirtschaftsausschuß hat daher Vorbereitungen getroffen, um seinen Einfluß in der Richtung einer Verständigung einzusetzen.

London, 8. Juni. Die vertraulich geführten Besprechungen zwischen den Vertretern der Bergarbeiter und denen der Grubenbesitzer scheinen erfolgreich zu verlaufen. Die Beilegung des **Kostenstreiks** würde die Einigung in den übrigen in einem Lohnkampf befindlichen Industrien beschleunigen. In der Baumwollindustrie beginnen die Verhandlungen heute. Die Maschinenindustrie haben gestern ihren Arbeitern eine scharfe Herabsetzung der Löhne bekanntgegeben. Noch dauern die Verhandlungen fort, ebenso wie in der Wollindustrie. Insgesamt werden von diesen Vorgängen mehr als 5 Millionen Arbeiter betroffen.

Bayerische Verfassungstreue.

Aus Bayern kommen Nachrichten, aus denen hervorgeht, daß die Entwaffnung der Einwohnerwehr und der anderen ähnlichen illegalen militärischen Organisationen in einer Weise ausgeführt wird, die für Deutschland noch schwere Folgen haben wird. Das arbeitende Volk hat ein starkes Interesse daran, daß nun mit der Erfüllung der übernommenen Verpflichtung endlich Ernst gemacht wird, damit der außen- und innenpolitische Druck nachläßt und damit auch das Ausland sieht, daß in Deutschland mit seiner aufrichtigen Politik, die die jetzige Regierung nicht genug betonen kann, angefangen wird. Bis zum 30. Juni müssen die Waffen abgeliefert und die Organisationen aufgelöst sein. Wie geht man nun in Bayern daran, diese Aufgabe zu erfüllen? Nachdem bis in die letzten Tage hinein sich nicht nur die Eschertische, sondern auch die Regierung selbst hartnäckig geweigert hat, die Entwaffnung durchzuführen, zeigen sie auf einmal einen Eifer, der verächtlich ist. Wer die bayrischen Reaktionen kennt, weiß, daß von einer so plötzlichen Sinnesänderung kaum die Rede sein kann. Es ist aber wahrscheinlich, daß sie befehrt wurden, wie sie Forderungen umgehen und die Sache erhalten können: sie geben in der Form nach, um den Inhaft zu retten. Mit heuchlerischem Augenaufschlag erklären Kahr und seine Genossen, sie seien verfassungstreu, sie halten zum Reich und denken nicht im entferntesten daran, ihm weitere Schwierigkeiten zu bereiten; im Interesse des Vaterlandes und der Einheit wollten sie das Opfer bringen und die Entwaffnung durchzuführen.

Seit einigen Tagen ist die **Berordnung** ergangen, daß die Waffen abgeliefert werden müssen. Es sind für ganz Bayern 20 (!) Sammelstellen eingerichtet worden, die Abgabe der Waffen ist freiwillig. Aus München kommt nun die Meldung, es seien bis zum 6. Juni schon 600 Maschinengewehre abgeliefert worden. Man wird die Zahl erst dann richtig würdigen, wenn man sie mit den Angaben vergleicht, die der bayrische Staatssekretär Schöner Anfang Mai in der bayrischen Kammer gemacht hat, wonach die Einwohnerwehr neben den 240.000 Gewehren und großen Geschützen über 3400 Maschinengewehre hat. Wieviel Gewehre abgeliefert worden sind, verschweigt man. Daß der Andrang zu den Sammelstellen nicht sehr groß sein kann, darf ohne weiteres angenommen werden.

Mit aller Entschiedenheit muß aber gegen die Haltung der Reichsregierung Einspruch erhoben werden, die sie bei der Durchführung der Entwaffnung in Bayern einnimmt. Man kann es nicht anders als Unterstützung dieser Sabotage nennen, wenn der Reichsfinanzminister Wirth dem Vertreter des Matin erklärt: Gewohnt werden wir mehr Schwierigkeiten bei der Ablieferung der Handfeuerwaffen haben. Indessen bin ich sicher, daß die Entwaffnung der Einwohnerwehr Ende Juni zum größten Teil durchgeführt sein wird. Ich sage zum größten Teil; denn wie könnte man die bayrischen Bauern daran hindern, ihre Flinten zu behalten? Wie sollte man auch eine Durchsuchung jedes einzelnen Bauernhauses durchführen können? Er läßt freilich diese Wendung heute bestreiten oder sie wenigstens abschwächen, aber was er eigentlich an deren Stelle gesagt hat, verschweigt das Dementi.

Wie die Ablieferung der Waffen durchgeführt wird, das zeigt deutlich die Antwort, die ein Führer der Einwohnerwehr in einer Versammlung auf eine entsprechende Frage gegeben hat:

„Die Einwohnerwehrlleitung gibt den Befehl, daß die Leute das Gewehr abzuliefern haben. Wenn aber ein Wehrmann sein Gewehr verschont, oder es verloren hat, so kann die Einwohnerwehrlleitung natürlich auch nichts dafür.“

Am 4. Juni war die **Vorstandsschaft** der bayrischen Volkspartei in München versammelt, um zur Einwohnerwehrtage Stellung zu nehmen. Daran haben neben Kahr eine Anzahl führender Persönlichkeiten teilgenommen, die, wie die etwas dunkel gehaltenen Berichte sich ausdrücken, in der bayrischen Politik eine führende Stellung einnehmen. Dort ist der Plan festgelegt worden, wie man die Schwertung vollziehen und die Dinge beiführen will. Der in dieser Sitzung angenommenen Entschlieung entnehmen wir eine Stelle, wie sie in der **Russischen Volkszeitung** abgedruckt worden ist und also lautet:

„Wir erwarten aber, daß die Entwaffnungsaktion sich mit der größten Schärfe auch gegen die noch Waffen besitzenden inneren Feinde der Staatsordnung richtet. Inse Volksgenossen in Stadt und Land bittet die Landesvorstandsschaft in diesen schicksalsschweren Zeiten voll Vertrauen zur Regierung Kahr und zur bayrischen Volkspartei in unerklärlicher Opferbereiter Vaterlandsliebe zusammenzutreten und nach dem Wegfall der **Waffen-gemeinschaft** eine vaterlandstreue Genuß- und Schicksals-gemeinschaft zu bilden und zu pflegen.“

Die Einwohnerwehr- und die Orgeschleute liefern ihre Waffen ab, wenn sie sie nicht vorher verloren oder verschont haben“, gegen die inneren Feinde muß aber mit der größten Schärfe vorgegangen werden, damit hier auch die letzte Waffe beseitigt wird, durch die die bayrischen Reaktionen beunruhigt wer-